ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Kramer, Heinz

Research Report

Die Türkei nach dem 11. September: Ein strategisch wichtiger Partner in schwieriger Lage

SWP-Aktuell, No. 17/2001

Provided in Cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Kramer, Heinz (2001) : Die Türkei nach dem 11. September: Ein strategisch wichtiger Partner in schwieriger Lage, SWP-Aktuell, No. 17/2001, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/254346

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Die Türkei nach dem 11. September

Ein strategisch wichtiger Partner in schwieriger Lage

Heinz Kramer

Die Türkei sieht sich nach dem Terroranschlag vom 11. September in ihrer besonderen geostrategischen Rolle für die USA und für den gesamten Westen bestätigt. Sie hofft, aus ihrer strategischen Bedeutung und ihrer nahezu uneingeschränkten Kooperationsbereitschaft eine Reihe von wirtschaftlichen und politischen Vorteilen ziehen zu können. Insbesondere erwartet sie Unterstützung aus Washington für die Durchsetzung ihrer verschiedenen Interessen gegenüber den EU-Staaten. Doch hegt man in Ankara auch Befürchtungen, daß eine Ausweitung amerikanischer Militäraktionen auf den Irak und andere islamische Staaten die Position der Türkei im Mittleren Osten erheblich schwächen könnte. Vor allem bereitet ein möglicher Zerfall des Irak nach dem Ende des Regimes von Saddam Hussein große Sorgen. Sorgen bereiten auch die Folgen einer neuen amerikanisch-russischen Kooperation in Zentralasien. Internationale Zusammenarbeit mit der Türkei in der Terrorismusbekämpfung wird gerade für die EU-Staaten schwierig, weil zwischen ihnen und der Türkei zu große Differenzen über grundlegende Konzepte und Strategien bestehen. In jedem Fall muß die EU in der neuen Lage mit einem selbstbewußteren Auftreten Ankaras rechnen.

Die türkische Regierung reagierte auf den Anschlag auf das World Trade Center im Gleichklang mit den westlichen Alliierten der USA: Sie sicherte ihre volle Solidarität zu und trug ohne Vorbehalte die Entscheidung des Atlantikrates mit, den Bündnisfall gemäß Artikel 5 des Washingtoner Vertrages festzustellen. Darüber hinaus öffnete sie den türkischen Luftraum für eventuelle amerikanische Luftnutzung und bot den USA Zusammenarbeit beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus an, einschließlich der Nutzung türkischer geheimdienstlicher Erkenntnisse.

Ankara ließ erkennen, daß es weitergehenden Schritten nicht im Wege stehen würde, falls die USA entsprechende Wünsche im Zusammenhang mit einer Militäraktion gegen das Talibanregime und/oder die Gruppe von Osama bin Laden äußern würden. Insbesondere wird an die Bereitstellung weiterer Basen im Osten und Südosten der Türkei gedacht. Die Funktionsfähigkeit des alliierten Stützpunkts in Incirlik wird in keiner Weise beeinträchtigt; das gilt auch für mögliche Verstärkungen. Allerdings lehnt es die türkische Regierung ab, eigene Truppen nach Afghanistan

zu schicken, doch dürften die USA dies sowieso nicht verlangen.

Die umfangreiche und uneingeschränkte Solidarität und Zusammenarbeit mit den USA traf in der türkischen Öffentlichkeit anfänglich kaum auf Kritik. Lediglich die islamischen Parteien äußerten bei prinzipieller Billigung einige Vorbehalte gegen eine unkonditionierte, allzu unbegrenzte Solidarität und warnten vor allem vor einem undifferenzierten Schlag gegen die islamische Welt und gegen die unschuldige islamische Bevölkerung Afghanistans. Sie zeigten allerdings keine Solidarität mit dem Talibanregime und gaben auch, mit ganz wenigen Ausnahmen, zu erkennen, daß sie keinerlei Verständnis für den Terrorakt haben. Dabei legen sie Wert darauf, daß die Bestrafung auf der Grundlage möglichst eindeutiger Tatbeweise erfolgt.

Inzwischen weist die öffentliche Debatte in der Türkei ein ähnlich breites und differenziertes Meinungsspektrum auf wie in anderen Ländern: Fragen nach den Ursachen des Terrorismus beziehen auch die »Mitverantwortung« der USA aufgrund ihrer unilateralen Weltpolitik ein; Kosten und Nutzen einer türkischen Beteiligung an der internationalen Allianz gegen den Terrorismus werden ausführlich erörtert; nach eindeutigen Beweisen für die Urheberschaft bin Ladens wird drängender gefragt; einige islamistische Blätter übernehmen Verschwörungstheorien, die islamistische Kreise in anderen muslimischen Staaten verbreiten. Dennoch überwiegt in der türkischen Bevölkerung eine Grundstimmung der Solidarität mit den USA.

Kritik an Europa

Die Regierung und die Medien in der Türkei verweisen im Zusammenhang mit ihren Solidaritäts- und Kooperationsbekundungen auch immer auf die leidvollen türkischen Erfahrungen mit internationalem Terrorismus. In diesen Kontext gehören verbitterte Klagen über ausgebliebene Solidarität der westlichen Partner. Hier gerät vor allem Europa und speziell Deutschland in das Visier türkischer Kritik. Die seit Jahren erhobenen Vorwürfe mangelnder Unterstützung der Türkei in ihrem Kampf gegen den separatistischen (kurdischen) und reaktionären (islamistischen) Terror werden ebenso und mit gleicher Vehemenz wiederholt wie die Vorwürfe, Deutschland und andere europäische Partner würden Terrororganisationen unterstützen, die gegen die Türkei agieren.

Hinzu tritt bei einer Reihe von Kommentatoren und Politikern jetzt die Attitüde des über Jahre Gekränkten, dessen weithin ignoriertes Anliegen nachträglich durch die jüngsten Ereignisse Rechtfertigung erfahren hat. Sie kommt in dem Vorwurf zum Ausdruck, daß die Europäer in der Allianz nie daran gedacht hätten, für die Türkei den Bündnisfall in Erwägung zu ziehen, obwohl das Land lange Zeit einer mindestens ebenso großen Bedrohung ausgesetzt gewesen sei wie gegenwärtig die USA.

Beispielhaft für die türkische Klage und Verärgerung sei die Äußerung des stellvertretenden Generalstabschefs, Yasar Büyükanit, zitiert, von der die Tageszeitung »Ortadogu« am 27. September berichtet: »Wir haben jeden seit 25 Jahren gewarnt. Aber wir bekamen keinerlei Unterstützung von unseren Verbündeten und den Nachbarländern. Im Gegenteil, der Führer der Terrororganisation wurde als Gast behandelt und sie haben Mitglieder der Terrororganisation ausgebildet. Heilige Werte wie die Menschenrechte und der Vorrang des Gesetzes wurden benutzt, um diese Feinde der Menschlichkeit zu schützen. Sie beschützen immer noch Terroristen. Das andauernde Todesfasten in den Gefängnissen wird vom Ausland gesteuert und unterstützt. Es ist bedauerlich, daß diese Länder, die Terroristen Schutz gewähren, der Türkei Unterricht in Menschlichkeit erteilen wollen. Ein früherer Angriffsplan gegen Anitkabir [das Atatürk-Mausoleum] wurde 1998 in einem befreundeten und mit der Türkei verbündeten Land entworfen. Vor diesem Hintergrund sollten diese Länder ihre eigene Geschichte ins Reine bringen.« Generalstabschef Hüseyin Kivrikoglu hat

sich in einer längeren Erklärung beim Empfang von Parlamentspräsident Izgi anläßlich der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode Anfang Oktober in gleicher Weise geäußert und dabei unter anderem Griechenland und Deutschland als problematische Unterstützer terroristischer Organisationen und ihrer Sympathisanten bezeichnet.

Türkische Erwartungen

An die Reaktionen auf den 11. September werden in den türkischen Medien und weiten Teilen der Öffentlichkeit bestimmte Erwartungen auf daraus resultierende »Vorteile« geknüpft. Die politische Führung des Landes hält sich dabei (noch) zurück und bringt ihre Erwartungen eher indirekt zum Ausdruck, etwa indem Ministerpräsident Ecevit erklärt, daß der griechische Teil Zyperns nicht in die EU aufgenommen werden dürfe, nachdem seine Verwicklung in die Finanzierung von bin Ladens Terrororganisation offenkundig geworden sei.

Allgemein herrscht in der Türkei die Erwartung vor, daß die ohnehin relativ enge Bindung an die USA durch den erneuten Nachweis der großen strategischen Bedeutung des Landes für die Verwirklichung amerikanischer weltpolitischer Interessen weiter gefestigt werde. Daraus könnten dann eine Reihe konkreterer Vorteile resultieren.

Erwartungen an die USA. So hofft vor allem die Regierung, die US-Administration von der Notwendigkeit einer gewissen Lockerung der mit dem Hilfsprogamm des Internationalen Währungsfonds (IWF) verbundenen strikten wirtschaftlichen und politischen Auflagen überzeugen zu können. Zumindest wünscht man für 2002 eine Entlastung an der Schuldenfront durch eine größere Umschuldungsaktion oder ein entsprechendes Moratorium.

Regierung und Militärführung erhoffen sich eine unverminderte amerikanische Unterstützung für das Bemühen, die türkische Forderung nach Mitentscheidungsbefugnissen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gegen die europäischen Verbündeten durchzusetzen. Diese Forderung wird nun zusätzlich mit der gewachsenen Bedeutung der Türkei in der internationalen Kooperation gegen den Terrorismus legitimiert, die ja explizit als Aufgabe für die Allianz benannt ist.

Ferner erwartet Ankara, daß Washington sich wieder stärker in der Zypernfrage engagiert, auch hier mäßigend auf die EU und Griechenland einwirkt und insbesondere dazu beiträgt, den bevorstehenden Beitritt Zyperns zur EU hinauszuschieben. Die türkische Regierung dürfte versuchen, die Bush-Administration davon zu überzeugen, daß eine engere zeitliche Synchronisation zwischen dem EU-Beitritt Zyperns und jenem der Türkei hergestellt werden muß, um die Spannungen auf und um die Insel in beherrschbarem Rahmen zu halten.

Schließlich wäre man in Ankara ebenfalls froh, wenn die USA ihre ohnehin nicht sehr ausgeprägte Kritik an der türkischen Menschenrechtslage noch weiter mäßigen und vor allem die Europäer dazu bewegen würden, die türkischen Verhältnisse in einem anderen, neuen Licht zu sehen. Die in der Türkei relativ rigoros praktizierte Maxime »Staatsschutz geht vor individueller Freiheit« sollte nach dem 11. September als wirksamer Präventionsansatz zur Bekämpfung terroristischer Umtriebe interpretiert werden.

Erwartungen an die Europäer. Damit verbunden ist die Erwartung, daß die Europäer endlich ihre Fehler einsehen und Besserung geloben, das heißt türkischen Forderungen nach Auslieferung staatsfeindlicher Terroristen nachkommen, anstatt ihnen Asyl zu gewähren oder ihren Aufenthalt zu dulden. Die Doppelmoral der Europäer gegenüber der Türkei in Sachen Menschenrechte und Terrorismusbekämpfung sollte ein Ende finden.

Die EU und ihre Mitglieder sollten endlich die permanente innere und äußere Bedrohung anerkennen, unter denen die

Türkei lebt. Sie sollten daher ihre Bedingungen für die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen entsprechend anpassen und von der Türkei nichts Unmögliches verlangen, und erst recht nichts, was die Gefährdung des Landes vergrößern könnte. Die türkischen Bemühungen, den europäischen Forderungen entgegenzukommen, wie sie sich zum Beispiel in den gerade vom Parlament verabschiedeten Verfassungsänderungen niederschlagen, sollten als ausreichende Fortschritte gewürdigt und nicht als unzureichend kritisiert werden.

Vor dem Hintergrund dieser durch die internationale Reaktion auf die Ereignisse des 11. September genährten Erwartungen werden das Ringen um einen türkischen Beitritt wie auch allgemein die EU–Türkei-Beziehung in Zukunft sicher nicht einfacher. Die Türkei wird fordernder auftreten, und die EU wird größere Mühe haben, ihre Zurückhaltung oder Ablehnung zu rechtfertigen.

Eine weitergehende Zusammenarbeit mit der Türkei bei der Terrorismusbekämpfung wird auch künftig dadurch erschwert, daß Grundkonzepte der EU und der Türkei und die von beiden jeweils eingesetzten Instrumente kaum zur Deckung zu bringen sind. Oder wäre es etwa denkbar, daß sich zum Beispiel Deutschland dazu bereit finden wird, Organisationen wie die PKK oder »Milli Görüs« in einer Weise neu zu bewerten, daß es in Zukunft leichter möglich sein wird, auf entsprechende Wünsche/Forderungen der Türkei nach Unterstützung einzugehen? Sind wir unter den neuen Umständen eher bereit, die daraus mit Sicherheit resultierenden innenpolitischen Probleme, einschließlich möglicher machtvoller Protestaktionen von Anhängern dieser Organisationen, in Kauf zu nehmen? Der Graben zwischen Ankara und Brüssel könnte im Gefolge des 11. September eher breiter als schmaler werden.

Türkische Befürchtungen

Die jüngsten internationalen Entwicklungen nach den Anschlägen von New York und Washington werden in Ankara jedoch nicht nur rundweg positiv gewertet. Auf die bei den islamischen Parteien vorherrschenden Befürchtungen wurde schon hingewiesen. Doch auch die Regierung wünscht nicht, daß die amerikanische Terroristenbekämpfung zu einer größeren Aktion gegen die islamische Welt und arabische Staaten ausgeweitet wird. In dieser Hinsicht teilt Ankara die Befürchtungen aller moderaten muslimischen Regime.

Irak und Mittlerer Osten. Die stärksten Bedenken und Ängste richten sich auf mögliche amerikanische Strafaktionen gegen Saddam Hussein, die in Washingtoner Entscheidungszirkeln von einigen ernsthaft erwogen werden. Die Türkei geriete hierdurch in mannigfaltige Schwierigkeiten.

Zum einen würde die Frage einer türkischen Beteiligung zu ernsthaften innenpolitischen Auseinandersetzungen über deren Opportunität, Form und Ausmaß führen. (Das haben die Erfahrungen des Golfkrieges gezeigt, als immerhin der Generalstabschef wegen politischer Differenzen mit Özal zurücktreten mußte.) Infolge dieser Auseinandersetzungen würde auch die Solidarität aller wesentlichen türkischen Gruppen mit den USA zerbröckeln. Die Ungewißheit über die zu erwartenden Reaktionen der arabischen Welt lassen zudem Sorgen vor den längerfristigen Auswirkungen auf die türkische Rolle und Politik in der Region aufkommen. Vor allem aber gewinnt die Frage an Gewicht, ob die Türkei dieses Mal für die mit einer Beteiligung an der amerikanischen Aktion verbundenen wirtschaftlichen Nachteile angemessen entschädigt wird. Die bitteren Erfahrungen der Post-Golfkrieg-Ära wirken im öffentlichen Bewußtsein immer noch stark nach.

Ankara fürchtet wohl nicht zu Unrecht, daß ein Sturz des Regimes in Bagdad eine nicht kontrollierbare Entwicklung im Irak auslösen würde, die in letzter Konsequenz in einen Staatszerfall münden könnte. Insbesondere befürchtet man die Entste-

hung eines selbständigen, von den USA unterstützten Kurdenstaates im Nordirak, den die Türkei unter keinen Umständen wünscht. Türkische Zusammenarbeit wird daher von entsprechenden amerikanischen Rückversicherungen oder der amerikanischen Duldung eines militärischen Engagements der Türkei im Nordirak abhängen.

Sollte eine amerikanische Militäraktion mit dem Ziel der Beseitigung Saddams anlaufen, dürfte die Türkei aber letztlich an einer Beteiligung nicht vorbeikommen. Das bedeutet mindestens die Bereitstellung von Basen für Luftoperationen und einen Aufmarsch türkischer Streitkräfte im Grenzgebiet zum Irak. Die türkischen Truppen wären wohl auch darauf vorbereitet, im Falle unkontrollierbarer politischer Entwicklungen im Irak in den Norden einzurücken, um die erwähnten unerwünschten Folgewirkungen in der Kurdenregion zu verhindern.

Ob daraus eine längerfristige türkische Präsenz im Nordirak resultiert, kann gegenwärtig nicht vorhergesagt werden. Sollte es jedoch dazu kommen – wozu in bestimmten politischen und militärischen Kreisen der Türkei durchaus Bereitschaft besteht und wofür schon im Golfkrieg Pläne existierten –, kann eine Dynamik in Gang gesetzt werden, deren Folgen kaum abzusehen sind. Sowohl die europäische als auch die amerikanische Mittelostpolitik würden mit neuen Herausforderungen konfrontiert, für die es gegenwärtig keine Konzepte gibt.

Rußland und Zentralasien. Doch auch in anderer Richtung wachsen türkische Befürchtungen, die sich an die möglichen Folgen der amerikanischen Anti-Terrorismuskampagne knüpfen. Mit Bekümmerung wird in Ankara beobachtet, daß die Türkei beim Aufbau einer zentralasiatischen »Front« gegen die Taliban so gut wie keine Rolle spielt. Washington arbeitet hier äußerst eng und anscheinend relativ erfolgreich mit Moskau zusammen.

Neben der verständlichen Enttäuschung darüber, daß der weitgehende Mangel an Einfluß Ankaras auf die turkstämmigen Vettern in Zentralasien offenkundig wird, bereitet auch die Verbesserung im russisch-amerikanischen Verhältnis Sorge. So befürchten türkische Kreise, daß in den USA die Bereitschaft wachsen könnte, Zentralasien als russische Einflußsphäre zu akzeptieren und bei der Bekämpfung terroristischer islamistischer Gruppen in der Region die Zusammenarbeit mit Moskau zu suchen. Als Gegenleistung könnten die USA in ihren zentralasiatisch-kaspischen Energiekonzeptionen stärker auf russische Interessen Rücksicht nehmen. Darunter müßte die türkische Position im kaspischen Energiepoker leiden. Selbst wenn Baku–Ceyhan als Pipeline-Trasse nicht aufgegeben würde, wäre ihr wirtschaftlicher und politisch-strategischer Wert doch erheblich vermindert, wenn die USA gleichzeitig russisch dominierte Energienetze nicht mehr als unerwünschte Konkurrenz betrachteten.

Allerdings ist noch weitgehend unklar, wie weit die russisch-amerikanische Zusammenarbeit gegen islamistischen Terror gehen wird, wie eng und wie dauerhaft daraus möglicherweise erwachsende Rekonfigurationen der russisch-amerikanischen Beziehungen sein werden und welche konkreten Gegenleistungen Moskau für seine Kooperation verlangt und welche die USA tatsächlich zu geben bereit sind.

Weltweite Rezession. Die dritte größere Befürchtung, die in türkischen Kreisen gegenwärtig vorherrscht, ist die Angst vor einer internationalen wirtschaftlichen Rezession als Folge des Terroranschlags vom 11. September. Sie träfe die Türkei in einer überaus schwierigen Lage, in der der Kollaps der türkischen Wirtschaft trotz des IWF-Hilfsprogramms noch keineswegs vollständig ausgeschlossen ist. Der Schuldendienst für 2002 wird sowieso mit hoher Wahrscheinlichkeit nur dann ohne größere Probleme zu bewältigen sein, wenn die internationalen Finanzinstitutionen weiteres Entgegenkommen zeigen und entweder neue Kredite oder Zahlungsaufschübe gewähren.

Sollte eine anhaltende weltwirtschaftliche Verschlechterung hinzukommen, dürfte die Türkei den damit einhergehenden Vertrauensschwund internationaler Wirtschaftsakteure in Schwellenländer deutlich zu spüren bekommen. Ebenso würde ein stärkerer Anstieg der Energiepreise den wirtschaftlichen Niedergang der Türkei beschleunigen. Die türkische Wirtschaft wäre wohl kaum vor dem endgültigen Absturz zu bewahren.

Es ist fraglich, ob die gegenwärtige Regierung die unter solchen Umständen noch weiter verschärften sozialen Spannungen im Land überstehen würde. Schon heute kann sie den Unmut, der sich zunehmend auch in Kreisen der türkischen Großindustrie breitmacht, kaum noch steuern, ohne die Auflagen des IWF zu verletzen.

Türkische Fähigkeiten

Die Türkei profitiert in der aktuellen Lage wieder einmal von ihrer geostrategischen Position. Als NATO-Mitglied, das der prospektiven amerikanischen Einsatzzone in Südasien geographisch am nächsten liegt, verfügt die Türkei zudem über eine relativ gut ausgebaute militärische Infrastruktur. Sie wird dadurch zum sichersten »Stützpunkt« für amerikanische Aktionen in der Region, wenn auch nicht zum operativ geeignetsten. Ihr operativer Nutzwert wird dadurch erheblich beeinträchtigt, daß Iran dem US-Militär den Luftraum nicht öffnen wird und somit der kürzeste Weg von türkischen Basen nach Afghanistan versperrt ist. Die Rolle der Türkei besteht somit in operativer Hinsicht vor allem in der Bereitstellung logistisch unverzichtbarer Einrichtungen für Nachschub, Rotation und Erstversorgung von Opfern, begrenzt auch für »command and control«-Aktivitäten.

Völlig anders ist die Situation für mögliche amerikanische Militäraktionen im Mittleren Osten. Sollte die türkische Führung die oben erwähnten Befürchtungen zurückstellen und voll mit den USA kooperieren, wären die Basen in der Südosttürkei erstrangige, wenn auch nicht die einzig möglichen operativen Stützpunkte für einen Schlag gegen das Regime von Saddam Hussein. Dies gälte um so mehr, wenn einige arabische Staaten in der Golfregion den USA die Zusammenarbeit gegen Saddam verweigerten.

Weniger bedeutsam sind mögliche türkische Beiträge zum Aufbau einer umfassenden internationalen Koalition gegen den Terrorismus oder zu amerikanischen Militäraktionen in Südasien. Obwohl die Türkei mit einigen Schlüsselstaaten der Region bilateral und im Rahmen der Economic Cooperation Organization (ECO) langjährige gute und relativ enge Beziehungen pflegt, ist ihr konkreter politischer Einfluß beispielsweise auf die pakistanische Führung oder zentralasiatische Regierungen im Vergleich zu den direkten amerikanischen Möglichkeiten ziemlich begrenzt. Trotz dieses Beziehungsgeflechts ist die türkische Expertise über die Region relativ gering und unterentwickelt geblieben. Auch die Kontakte zur afghanischen Nordallianz sind eher punktueller Natur. Das hat die türkische Diplomatie allerdings nicht davon abgehalten, einen eigenen Afghanistan-Beauftragten zu ernennen und in der Region seit dem Attentat vermehrt aktiv zu werden. Es ist jedoch nicht erkennbar, daß die USA dies in besonderer Weise für ihre Zwecke nutzen würden.

Von größerem potentiellem Nutzen dürfte da schon die relativ gute türkische Kenntnis der Kräfte und Lage im nordirakischen Kurdengebiet sein. Türkisches Militär ist dort praktisch ständig präsent und unterhält intensive Kontakte zu den zwei wichtigsten kurdischen Gruppierungen. So dürfte der türkische Geheimdienst auch Informationen über die in der Region gegen die traditionellen Gruppierungen operierenden islamistischen (Kurden-)Organisationen besitzen. Von ihnen wird zum einen behauptet, daß sie als verlängerter Arm des iranischen Regimes tätig seien, um auf verdeckte Weise traditionelle iranische Interessen im und am Nordirak geltend zu machen. Andererseits wird aber auch gesagt, daß diese Gruppen Teile von bin

Ladens Netzwerk seien, die mit Saddams Unterstützung amerikanische Versuche bekämpften, mit Hilfe der ansässigen Kurdenführer das irakische Regime zu stürzen.

Alle diese Behauptungen sind mit Vorsicht zu behandeln. Ziemlich gesichert ist wohl nur die Erkenntnis, daß im Nordirak islamistische Gruppen punktuell in gewaltsame Auseinandersetzungen mit den dort herrschenden kurdischen Organisationen von Barzani und Talabani verwickelt sind.

Die besonderen türkischen Nordirak-Kenntnisse dürften für die USA jedenfalls bei der Planung eines eventuellen militärischen Vorgehens gegen Saddam nicht unwichtig sein. Ebenso dürften sie eventuellen türkischen Militäraktionen in der Region nützen, die im Rahmen einer amerikanisch geführten Koalition gegen Saddam erfolgen könnten. Deren politische Risiken wurden schon angesprochen.

Türkei und internationaler Terrorismus

Die »terroristische« Hauptbedrohung für die Türkei ging in den letzten 17 Jahren vor allem von der kurdischen PKK aus. Sie wurde im wesentlichen mit militärischen Mitteln bekämpft. Die Folge war ein Krieg niedriger Intensität im Südosten des Landes, den die Türkei seit Mitte der 90er Jahre zu ihren Gunsten entschieden hat. Diese Form des Kampfes ist jedoch für den gegenwärtig ins Visier genommenen internationalen Terrorismus ohne Relevanz. Sie kann eher als Beispiel für ungeeignete Terrorismusbekämpfung dienen, da bei ihr die staatliche Gegengewalt so sehr im Vordergrund steht, daß die längerfristig angestrebte Beseitigung der politischen und sozialen Ursachen des Terrorismus aus dem Blickfeld der staatlichen Akteure gerät.

Nur linksextremistische türkische Terrororganisationen haben klandestin arbeitende Netzwerkstrukturen mit einem Schwerpunkt in urbanen Ballungsgebieten gebildet. Es handelt sich hauptsächlich um Nachfolgeorganisationen der in den 70er Jahren um DEV-SOL und DEV-YOL entstandenen Gruppen, die nach dem Militärputsch von 1980 weitgehend zerschlagen wurden. Den türkischen Sicherheitsbehörden ist es relativ gut gelungen, diese zahlenmäßig kleinen Organisationen zu kontrollieren. Es sind im wesentlichen Angehörige und Sympathisanten dieser Gruppierungen, die die gegenwärtig laufende Hungerstreik-Aktion in den türkischen Gefängnissen tragen und steuern.

Am prominentesten ist die »Front der Revolutionären Volksbefreiungspartei« (DHKP-C). Sie ist für das kürzlich begangene Selbstmordattentat vor einer Polizeistation in der Nähe des deutschen Generalkonsulats in Istanbul verantwortlich, dem eine Touristin und zwei Polizisten zum Opfer fielen. Auch für den jüngsten Bombenanschlag auf das McDonalds-Restaurant in einer der belebtesten Flaniermeilen Istanbuls soll sie die Verantwortung tragen. Beide Ereignisse zeigen, daß auch die türkischen Sicherheitskräfte Terroraktionen nicht gänzlich unterbinden können.

Mit Ausnahme der »Front der Stoßtrupps Islamischer Großer Osten » (IBDA-C) hat der türkische Islamismus keine gewaltorientierten Gruppierungen hervorgebracht, und auch diese Organisation kann eher als Ableger religiös fundierter türkischer Radikalnationalisten angesehen werden. Selbst fundamentale islamische Systemopposition wurde immer im Rahmen des Systems betrieben. Von daher fällt es schwer, die »Milli Görüs«-Organisation des Necmettin Erbakan als Terrororganisation einzustufen: extremistisch – ja; staatsgefährdend – vielleicht; gewaltbereit – nein. Wegen ihres relativ offenen Agierens konnte die Bewegung von den türkischen Sicherheitseinrichtungen zu jeder Zeit effektiv überwacht und kontrolliert werden, wie sich nicht zuletzt am reibungslosen Sturz der Koalitionsregierung Erbakan/Çiller unter tatkräftiger Anleitung der Militärführung im Frühjahr 1997 zeigte.

Die von türkischen Kreisen immer wieder als staatsgefährdenden Terrorismus eingestuften Aktivitäten der relativ kleinen

islamistischen Gruppierung von Cemalettin Kaplan und seiner Nachfolger (der »Kalif von Köln«) haben sich vorwiegend auf Deutschland beschränkt und stellen für die Türkei keine direkte Bedrohung dar. Eine andere Frage ist, wie weit Deutschland Organisationen dulden soll, die offen für den auch gewaltsamen Umsturz in der Türkei agitieren.

Ein Sonderfall islamistischen Terrorismus in der Türkei ist die Organisation »Hizbullah«, die mit anfänglich iranischer Unterstützung auf die Errichtung einer islamischen Republik in der Türkei hinarbeitete und dabei auch vor Gewaltaktionen nicht zurückschreckte. Sie konzentrierte ihre Tätigkeit besonders auf den Südosten und bekämpfte dort unter anderem auch die »gottlose« PKK. Ergebnis war letztlich eine vorübergehende Symbiose mit staatlichen Ordnungskräften, die zumindest Teile der Hizbullah auch als Konterguerilla gegen die PKK einsetzte. Viele der bis heute ungeklärten Morde an PKK-Sympathisanten im Südosten sollen auf ihr Konto gehen.

Nach dem Sieg des Militärs über die PKK und der Verhaftung und Verurteilung Öcalans ließen die staatlichen Sicherheitsorgane die Hizbullah offensichtlich fallen. Anfang 2000 konnten sie die Organisation in einer großangelegten Aktion weitgehend zerschlagen. Die dabei öffentlich gemachten Greueltaten gegen moderate Islamisten, vor allem prominente Mitglieder der Nurcu-Sekte, wurden staatlicherseits als weiterer Beleg für die Gefährdung durch den radikalen Islam gewertet. Daraufhin bekräftigte die Militärführung ihre Haltung, daß der organisierte Islamismus eine der sicherheitspolitischen Hauptbedrohungen der Türkei sei, die entsprechende Reaktionen der Sicherheitsorgane erfordere.

Alle türkischen islamistischen Organisationen extremer Orientierung haben relativ gering entwickelte Verbindungen zu internationalen Terroristennetzwerken. Ihre Hauptverbindungen ins Ausland bestehen zu Führungszirkeln, Mitgliedern und Anhängern, die in Europa und vor allem in der türkischen Diaspora zu finden sind. Es ist allgemein bekannt, daß die PKK, aber auch linksextremistische Organisationen oder die Hizbullah in Ländern der EU organisatorische Strukturen unterhalten. Diese Strukturen sind aber praktisch ausschließlich auf den Kampf in der Türkei orientiert und verfolgen kaum darüber hinausreichende Ziele. Vor allem halten sie sich in Europa mit Gewaltaktionen stark zurück, um diese relativ freie und problemlose »Aktionsbasis« nicht unnötig zu gefährden. Die Reaktion der europäischen Regierungen gibt ihnen darin Recht, denn sie werden von staatlicher Seite zwar beobachtet, aber sonst weitgehend in Ruhe gelassen – sehr zum Unwillen der türkischen Führung und Öffentlichkeit, denn damit bleibt für die Terrorismusbekämpfung in der Türkei immer eine »offene Flanke«.

Wie kooperieren?

Für die Europäer stellt sich in der Situation nach dem 11. September die Frage, wie die künftige Kooperation mit der Türkei aussehen sollte. Wie weit will oder muß man den Assoziierten in die Zusammenarbeit der EU gegen den internationalen Terrorismus einbeziehen? Wie reagiert man in Brüssel und den Hauptstädten, falls Ankara entsprechende Forderungen stellt? Reicht es aus, die aktuelle Kritik aus der Türkei an den andauernden europäischen »Verfehlungen« mit Stillschweigen zu übergehen? Die EU-Staaten sollten sich möglichst bald über die zu erwartenden Konsequenzen für die künftigen Beziehungen zur Türkei im klaren werden und sich auf eine Linie verständigen, die geeignet ist, den Beitrittsprozeß des Landes zu befördern. Es sollte in jedem Fall vermieden werden, daß Schwierigkeiten bei der Kooperation in der Terrorismusbekämpfung diesen Prozeß zusätzlich belasten.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2001
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung und Realisierung
Buchendorf